

## Die Gewerkschaften in einer restaurativen Welt

Zu den Gesetzen des menschlichen Daseins scheint zu gehören, daß es keine geschichtliche Situation gibt, die wir nur preisen oder nur verdammen können. Das heißt nicht, daß es nicht geschieht. Wenn es aber geschieht, beruht es auf der Verabsolutierung von Teilwirklichkeiten. Hier ist genau der Ort, von dem unsere Betrachtung auszugehen hat.

Die Zeit von 1945 bis 1949 ist eine Zeit, deren wir uns verständlicherweise nur ungern erinnern und über die wir allzuleicht ein Verdammungsurteil zu sprechen bereit sind. Daß der Mensch zuerst essen, trinken, wohnen und sich kleiden muß, ist eine Binsenwahrheit. Die Mächtigkeit dieser materiellen Fundamente unseres Daseins prägt deren Mangel tief in unser Bewußtsein ein. Wir sind froh, daß wir *das* überwunden haben, wir sehnen uns *danach* nicht zurück. Und doch: es sollte noch ein anderes Bewußtsein dieser Zeit in uns lebendig sein. Damals war etwas aufgebrochen, was heute weithin wieder verschüttet, aber für Inhalt und Gestalt des sozialen Lebens von entscheidender Bedeutung ist. Aufgebrochen waren Fronten durch eine geistige Aufgeschlossenheit, die reiche Früchte zu tragen versprach. So kamen die Konfessionen einander näher, die verschiedenen Richtungen der Gewerkschaften verstanden sich, Unternehmer und Arbeitnehmer fanden zueinander, ein gemeinsamer Strom guten Willens hatte alles ergriffen. Auf allen Gebieten ist diese Gemeinsamkeit heute wieder bedroht. Das, was damals nicht vorhanden war, das materielle Fundament, ist heute geschaffen, das, was damals vorhanden war, die Gemeinsamkeit des guten Willens, ist heute recht fragwürdig geworden. Wie ist es dazu gekommen?

Es wird heute viel von dem Restaurativen in unserer Zeit gesprochen. Daß es da ist, steht außer allem Zweifel. Es hat schon in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts eine Epoche gegeben, die man als Restauration bezeichnet. Daß sie eine Zeitlang von den Völkern ertragen wurde, hatte seinen tiefsten Grund in der Sehnsucht nach Ruhe und Ordnung im Gefolge von Revolutionen und Kriegen. Man wurde der großen weltgeschichtlichen Aktionen müde und zog sich zurück in ein Leben der privaten Sphäre, dessen Wichtigkeit eine Vergleichgültigung der politischen Formen bedeutete. Die Ehrfurcht vor den gegebenen Ordnungen gehört zum Wesen des Biedermeier. Es kann nicht geleugnet werden, daß der *Hang zum Biedermeier* auch heute da ist. Er wird um so größer sein, je mehr durch eine neue „Heilige Allianz“ und durch Sicherung der materiellen Existenz für die Dauerhaftigkeit der privaten Sphäre gesorgt ist. Es sind menschliche Uraniagen, die dem entgegenkommen. *Schelsky*<sup>1)</sup> hat das einmal so ausgedrückt, daß das Freiheits-, Planungs- und Weltverbesserungspathos der Aufklärungszeit in technischen Organisationsaufgaben der Aufrechterhaltung des einmal so gewordenen Systems der Daseinssicherung, -fürsorge und -bequemlichkeit erlischt. Und kein geringerer als *Tocqueville*<sup>2)</sup> schrieb 1850, daß er es müde sei, immer wieder trügerische Nebel für das ersehnte Ufer zu halten. Er fragte sich aber gleichzeitig, ob es den festen Grund und Boden, den wir so lange suchen, überhaupt gebe oder ob es nicht eher unser Schicksal ist, ewig auf offenem Meere zu treiben.

Wenn dem so sein sollte, dann bedeutet aber die Abkapselung des Menschen in den kleinen Bereich der Familie, seines beruflichen Wirkens, seiner Freundschaft eine Fahrt in einer Nußschale auf jenem offenen Meer. Deshalb muß das Private umschlossen werden von einer tragfähigen sozialen Gesamtordnung, muß die Fahrt in einem festen und großen Schiff bewerkstelligt werden. Deshalb werden wir auch nicht umhinkönnen, nach solchen Ordnungen zu suchen. Verstärkt wird diese Notwendigkeit durch die Tatsache, daß die Restauration heute im Gegensatz zu der Restauration des vorigen

1) Frankfurter Allgem. Zeitung 1955, Nr. 83.  
2) Erinnerungen, Stuttgart 1954, S. 114.

Jahrhunderts in einer dualistischen Welt geschieht. Wir können uns der Konkurrenz der Ordnungen in einer solchen Welt nicht entziehen, ohne Gefahr zu laufen, daß aus der Konkurrenz ein Monopol jener Ordnung wird, die wir ablehnen. Konkurrieren können wir aber nur, wenn wir etwas Besseres zu bieten haben, das jenes menschliche Dranliegen nach Ruhe und Ordnung, nach Daseinssicherung, -fürsorge und -bequemlichkeit dauerhaft befriedigt. Gerade in einer solchen dauerhaften Befriedigung liegt aber beschlossen, daß das jeweilige Ordnungssystem sich dem Wandel der sozialen Wirklichkeit anpaßt. Gerade das wird durch die restaurativen Tendenzen unserer Zeit in Frage gestellt. Eine Restauration ist sinnvoll in der Wiederherstellung dessen, was Schelsky Fundamente des Daseins nennt, auf die wir allzu unwissend und leichtfertig verzichtet haben und die unabdingbar zum Personsein des Menschen gehören, wobei hier auf die grundlegende Bedeutung des Religiösen besonders hingewiesen sei. Restauration ist aber ein sinnwidriger Anachronismus, wenn ein gewandeltes soziales Gefüge in Ordnungen und Lebenshaltungen gepreßt werden soll, die dieser Wirklichkeit nicht entsprechen und deshalb unwahr sind.

So kann nur bedauert werden, daß jene geistige Aufgeschlossenheit der Notzeit im Verlöschen begriffen ist, daß Begriffe ein gespenstisches Leben führen, mit Unwirklichkeit erfüllt, daß künstlich Fronten konserviert und restauriert werden, die keine Daseinsberechtigung mehr haben. Jene Gemeinsamkeit des guten Willens, von der oben die Rede war, sollte sie nur eine Gemeinsamkeit der Not und Bedrohung gewesen sein und nun sich auflösen, nachdem die Angst und Sorge geschwunden sind? Sollten nur Notwendigkeiten und Ängste des Augenblicks dazu gezwungen haben, hinter „gemeinsamen“ Anschauungen Schutz zu suchen, die in Wahrheit fremd und zuwider waren? Das hieße die Möglichkeit von Gemeinschaft der gesellschaftlichen Gruppen leugnen und bedeutete die Notwendigkeit, sie als eine Ansammlung von Interessentenhaufen zu charakterisieren.

In diesen restaurativen Tendenzen stehen die Gewerkschaften, und zwar in einer doppelten Hinsicht. Sie sind restaurativen Tendenzen ausgesetzt in sich selbst und sie sind durch restaurative Tendenzen von außen bedroht, wobei die internen restaurativen Tendenzen durch die externen aufs stärkste beeinflußt werden.

Die internen und externen restaurativen Tendenzen sind weltanschaulicher, parteipolitischer und klassenkämpferischer Art. Sie hängen wohl untereinander zusammen und wirken aufeinander, können aber gesondert betrachtet werden.

Die hohe Zeit der ersten Liebe, da sich in der Verfolgung Repräsentanten aller Gewerkschaftsrichtungen fanden, ist vorbei. Nicht, daß unter den Initiatoren der Einheitsgewerkschaft der Wille zur Gemeinschaft erloschen wäre, aber doch *so*, daß die Schwierigkeiten des gewerkschaftlichen Alltags und das Gewicht der *weltanschaulichen* Vergangenheit der Gemeinsamkeit schwere Belastungsproben auferlegt haben. Daß dabei heute noch die Front zwischen Christen und Sozialisten aufgerichtet wird, ist der in Deutschland üblichen Gewohnheit, soziale Fragen zu Weltanschauungsfragen aufzubauschen und gewissen Randerscheinungen des gewerkschaftlichen Lebens und der Publizistik zuzuschreiben. Diese Dinge sind außerhalb der Gewerkschaften stehenden Mächten willkommener Anlaß, die nur ungern gesehene Einheit zu spalten und den Status quo ante zu restaurieren. Die immer wieder angekündigte Gründung christlicher Gewerkschaften bietet so das Schauspiel, daß interne restaurative Tendenzen durch externe verschärft, zumindest am Leben erhalten werden. Daß die unter dem Schlagwort des Religiösen vorgetragenen Bestrebungen in bedenklicher Nähe zum *Partei-politischen* stehen, kann nicht bestritten werden. Die dadurch geförderte falsche Politisierung der Religion trägt in erheblichem Maße zu einer der sozialen Wirklichkeit nicht gerecht werdenden Frontenbildung bei und stärkt die restaurativen Tendenzen parteipolitischer Art innerhalb der Gewerkschaften, ja ruft sie eigentlich erst hervor.

Der Trend dieser Entwicklung ist besonders gefährlich, da er über die Restauration der Zeit vor dem „Dritten Reich“ noch weiter zurückführen kann und so der Ideologie des *Klassenkampfes* neue Nahrung zu geben vermag. Hierzu trägt eine Haltung der Unternehmerschaft bei, die ihren früheren sozialen Status mit allen Mitteln zu restaurieren versucht. Dieser Versuch, der ja Auswirkungen auf die anderen Schichten der Bevölkerung haben mußte, hat schon dahin geführt, daß „Kapitalisten und Proletarier, die freie Konkurrenz und der Klassenkampf restauriert wurden“<sup>3</sup>). Wie weit das alles eine reale Basis hat und wie weit es sich um ein nur bewußtseinsmäßiges Beziehen alter Fronten bei verwandelter sozialer Wirklichkeit handelt, kann hier nur als Frage aufgeworfen werden<sup>4</sup>). Beides aber bedeutet Gefahr für den sozialen Frieden.

„Während der Nationalsozialismus, der Krieg, der Zusammenbruch und die Politik der Besatzungsmächte in immer stärkerer Gewalt und Radikalität das alte Sozialgefüge veränderten, umschichteten und auf die Gleise neuer, nicht umkehrbarer und vorläufig auch schwer faßbarer sozialer Entwicklungen stießen, trat das private und öffentliche Planungs- und Sicherheitsbewußtsein auf eine Vorstellungswelt der Vergangenheit zurück. Aus den neuen sozialen Zuständen ist noch keine Idee einer gerechten und dauerhaften öffentlichen Ordnung, noch keine Vorstellung einer angemessenen und sicheren privaten Existenz gewonnen worden, und dieser Mangel an schöpferischer sozialer Verarbeitung muß sich als das Wissen um eine nicht bewältigte soziale Realität, als ein Unwirklichkeitsgefühl gegenüber den Oberflächenerscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens niederschlagen. Die aus einem tiefgründigen sozialen Realitätsverlust sich ergebende allgemeine Desorientierung gipfelt im Streben nach und zugleich im Vorwurf gegenüber dem Restaurativen.“<sup>5</sup>)

So kann es dann auch nicht überraschen, wenn das Rothenfelder Gutachten zur Sozialreform nur von einer Neuordnung der sozialen Leistungen spricht. Die Regierungserklärung verhielt 1953 eine „umfassende Sozialreform“, und der Bundeskanzler sprach noch 1954 von einer in den nächsten Jahren als „organisches Ganzes“ durchzuführenden Sozialreform. Es scheint so, als ob man auf die Herausarbeitung der Idee einer gerechten und dauerhaften öffentlichen Ordnung im weitesten Sinne des Wortes verzichtet hätte. Statt dessen erleben wir — dabei bedienen wir uns der Worte der evangelischen Monatschrift „Zeitwende“<sup>6</sup>) — die Versäumnisse und Sünden der einseitig gesteuerten Politik der Einkommensbildung der letzten 8 bis 10 Jahre, in denen Handel, Versicherungen, Banken und vorzugsweise die gewerbliche Wirtschaft durch Selbstfinanzierung, Amortisation und andere Methoden Großesigentum für eine dünne Schicht bildeten, in denen ein unglücklicher und sozial unmöglicher Lastenausgleich und die Gesetzesstotterei um das Kindergeld sich ereigneten. Alles Grund genug für eine soziale Unzufriedenheit, die in den Streiks der letzten Jahre sich teilweise manifestierte. Hinzu kommt der Großangriff gegen die Mitbestimmung, wie er von *Keusch* gestartet wurde.

Zehn Jahre sind verflossen seit dem Aufbruch einer Solidarität, einer bejahten und betätigten Gemeinsamkeit. Diese Solidarität ist heute verschwunden. Die Macht der

3) Schelsky, a.a.O.

4) Horkheimer geht in einem Aufsatz „Menschen im Großbetrieb“ (Dtsch. Zeitung 19. 2. 55) auf diese Dinge ein und schreibt: „Es erheben sich Probleme wie die, ob es die Arbeiterklasse' und ein „Klassenbewußtsein“ — beides ist keineswegs identisch — gebe, noch gebe oder nicht mehr gebe, ob und wie sich der Inhalt einer solchen Struktur und eines solchen Bewußtseins, soweit es nachweisbar sei, geändert habe. Es gibt darüber, wie man weiß, sehr verschiedene Meinungen; wir begegnen vereinzelt immer noch Funktionären, die mit Kategorien aus der Arbeiterbewegung der Zeit vor oder nach dem ersten „Weltkrieg“ so unbefangen umgehen, als wäre inzwischen in der Industrie, in der Gesellschaft, in der Staatenwelt und im menschlichen Bewußtsein nichts passiert, und wir begegnen andererseits Rednern und Autoren, die alle diese Kategorien einer abgestorbenen politischen Ideologie zuweisen und einen ‚Arbeitertyp‘ vorherrschend werden sehen, der nichts mehr von den Idealen seiner Väter weiß und wissen will. Daß die nationalen Kriege und Niederlagen und die Spaltung Deutschlands, daß die Erfahrungen mit der politischen Demokratie und den Diktaturen, daß die Spaltung der Arbeiterbewegung in zwei geradezu antagonistische Vorstellungs- und Handlungssysteme, daß die Erfahrung der Einheitsgewerkschaft, daß die konstanten und veränderlichen Elemente des Lebensstandards seit 1914 das Bewußtsein der Arbeitermassen tief beeinflußt haben, kann man ohne weiteres voraussetzen. Aber diese Veränderungen sind nicht in voller Deutlichkeit erkennbar geworden.“

5) Schelsky, a.a.O.

6) Septemberheft 1955: „Im Vorfeld der deutschen Sozialreform.“

äußeren Verhältnisse hatte sie bewirkt, ohne daß sie von gemeinsamen echten Überzeugungen getragen war. Deshalb konnte sie nicht von Dauer sein und mußte sich in Gruppenegoismen auflösen. Woher aber sollen die gemeinsamen echten Überzeugungen kommen?

Man kann sie nicht ersetzen durch die Flucht in technische Manipulationen in der Form mannigfacher Methoden der human relations zur Herstellung eines guten *Betriebsklimas*. Hauptamtliche „betriebsklimatische“ Funktionäre, Werkszeitungen und Betriebsjournalisten, frei arbeitende Institute und Betriebspsychologen, der große Aufwand hat sich nicht gelohnt, er hat nicht die Erwartungen erfüllt, die man daran geknüpft hatte. Gute menschliche Beziehungen im Betrieb sind nicht unwesentlich, aber sie kommen nicht aus wissenschaftlichem Kalkül, sondern fließen aus der Menschlichkeit der Vorgesetzten und sind abhängig von dem Bewußtsein einer gerechten Ordnung des Sozialen. Solche echte Menschlichkeit in einer gerechten Ordnung ist besser als human relations, die zudem in den Verdacht geraten, nicht nur Surrogate zu sein, sondern so etwas wie Opium für das Volk. Sie sind nicht geeignet, die Spannungen zwischen den Parteien des Arbeitsmarktes zu beseitigen. Es wäre gut, wenn der Periode der Überschätzung dieser Dinge eine große Ernüchterung folgte, die uns drängt, das alles neu zu durchdenken. Wir können *Viktor Agartz* nur recht geben, wenn er schreibt, daß der heutige Arbeiter die Disproportionalität zwischen der Vergütung seiner Leistung und der Höhe der Investitionen vor Augen hat<sup>7)</sup>. Diese Dinge müssen angepackt werden und noch einiges mehr dieser Art, um ein gutes Betriebsklima zu schaffen.

Dabei ist vor einer *Betriebsromantik* zu warnen, die ebenso grassiert wie die Überschätzung der human relations. Es hat zwar in früheren Zeiten gegeben und es gibt auch noch heute die Heimstatt als Betrieb, aber es kann nicht geben den Betrieb als Heimstatt. Dadurch wird er in seinem Wesen überfordert. Die berühmte Unterscheidung von *Ferdinand Tönnies* zwischen Gemeinschaft und Gesellschaft ist auch heute noch gültig und *Grosse* muß zugestimmt werden, wenn er den Betrieb als typisch gesellschaftliches, d. h. rational aufgebautes Gebilde sieht<sup>8)</sup>. Er weist darauf hin, daß die Menschen, die in ihm tätig sind, meist auch gar nicht einem eigentlichen Beruf mehr nachgehen, sondern ihre Arbeit als eine reine Erwerbsarbeit verrichten, daß sie aber andererseits etwa ein Drittel ihres Lebens in einem solchen Betrieb zubringen. Diese Tatsachen verlangen, daß die Verfassung, vor allem der großen Unternehmen, unsentimental und sachlich gestaltet wird, daß dabei aber immer wieder der Versuch unternommen wird, die Mitwirkung aller Beteiligten zu sichern. Nur so kann die soziale Gerechtigkeit einigermaßen erreicht werden. In der industriellen Gesellschaft wird der Arbeit im Betriebe immer eine gewisse Fremdbestimmtheit anhaften, die erträglich gemacht werden muß.

Das hat zur Voraussetzung, daß aus den Parteien des Arbeitsmarktes *Sozialpartner* werden. So wie die Dinge heute liegen, kann nicht von Sozialpartnern gesprochen werden. Zum Begriff der Partnerschaft gehört die Solidarität, und diese ist nicht da. Soll die Partnerschaft keine ideologische Phrase sein, dann ist sie von gewissen Voraussetzungen abhängig und muß einen bestimmten Ausdruck und eine bestimmte Aufgabe haben. Solche *Voraussetzungen* sind:

1) Die gemeinsame Überzeugung, daß nur in der Zusammenarbeit die Leistung gesteigert und damit der Lebensstandard verbessert werden kann. Partnerschaft also als Notwendigkeit zur Erreichung eines optimalen ökonomischen Erfolges.

2) Der gemeinsame Wille zur Aufhebung der Klassenscheidung durch Stärkung der Verantwortung und dadurch bewirkten Rückgang der Inferioritätsgefühle bei Anerkennung bestimmter Über- und Unterordnungsverhältnisse. Partnerschaft also als Verbindung genossenschaftlicher und hierarchischer Elemente.

7) Die Zeit, 25. 8. 1955.

8) Die Arbeiterschaft im kalten Krieg, Darmstadt 1954, S. 15.

3) Die gegenseitige Offenheit in der Darlegung der persönlichen wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse unter Angabe der aus dem Betrieb insgesamt fließenden privaten Einnahmen. Partnerschaft also als Vertrauen.

Solche Partnerschaft findet ihren *institutionellen Ausdruck* in der Mitbestimmung. In der Mitbestimmung sieht die Arbeiterschaft das geeignete Mittel, auch in der Wirtschaft mündig zu werden, so wie sie politisch mündig geworden ist<sup>9)</sup>. Die Inferiorität des Arbeiters ist im politischen Bereich in Deutschland erst spät überwunden worden. Daß sie auch im wirtschaftlichen Bereich restlos überwunden wird, ist im Zuge der Emanzipation der arbeitenden Klasse ein notwendiges Ereignis. Bei der heutigen Lage der Dinge schließt die Bejahung der Partnerschaft die Bejahung der Mitbestimmung ein und umgekehrt. Das war 1945 selbstverständlich, heute ist es das nicht mehr. Die „Gedanken zur sozialen Ordnung“, der Öffentlichkeit 1953 von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände übergeben, gebrauchen bei dem Abschnitt über die Gewerkschaften das Wort Mitbestimmung überhaupt nicht und sprechen in dem vorhergehenden Abschnitt von einer das Wesen des Betriebes mißverstehenden Demokratisierung. Sie lehnen die Mitbestimmung ausdrücklich ab in dem Abschnitt über den demokratischen Sozialismus, wo sie Mitbestimmung der Enteignung gleichsetzen. Dem Betriebsverfassungsgesetz wird zugestimmt. Der Deutsche Gewerkschaftsbund hat dagegen in seinem Aktionsprogramm 1954 die gleichberechtigte Mitbestimmung entschieden und eindeutig gefordert, wobei eine schematische Anwendung des Mitbestimmungsrechts bei Kohle und Eisen auf alle anderen Betriebe nicht zwingend ist.

Der Gedanke der Mitbestimmung ist die einzige Idee einer wirtschaftlichen und sozialen Neuordnung, die nach 1945 konzipiert und teilweise verwirklicht worden ist. Sie scheint einer Zeit der „Kleinstreform“ nicht mehr adäquat zu sein, und die Gewerkschaften scheinen nur noch als Lohnaushandlungspartei betrachtet zu werden. Wenn dem aber so ist, dann sollte nicht mehr von Partnerschaft gesprochen werden. Oder soll die „Partnerschaft“ bestenfalls nur noch für den Betrieb und seine Angehörigen gelten? Will man die Gewerkschaften da eliminieren, dann soll man auch die möglichen Konsequenzen sehen. Dann wird der Klassenkampf restauriert. Bei alledem sind wir uns dessen bewußt, daß die Mitbestimmung eine Reihe von schwierigen Problemen aufwirft. Aber eine von beiden Seiten ehrlich bejahte Mitbestimmung auf betrieblicher und überbetrieblicher Basis muß versucht werden, weil sie das einzige vorhandene Ordnungsbild ist, nach dem zur Zeit eine echte Partnerschaft in allen Bereichen des wirtschaftlichen Lebens verwirklicht werden kann.

Die *Aufgabe* der Partnerschaft kann mit dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit bezeichnet werden. Dieses verbindliche Leitbild der sozialen Gerechtigkeit müssen die Partner vor Augen haben. Bei der Klarlegung dessen, was der Begriff der sozialen Gerechtigkeit beinhaltet, wird es nicht ohne eine naturrechtliche Begründung abgehen. Echte Partnerschaft wird immer darum bemüht sein, die unverlierbaren Rechte des Menschen als Person zu schützen. Der instrumentalisierte Mensch, also der Mensch, der nur Mittel zum Zweck wäre, wäre das Gegenteil eines Partners. Freilich, hier liegen Schwierigkeiten. Um von den Rechten sprechen zu können, die dem Menschen kraft seiner menschlichen Natur zukommen, muß man wissen, welches die Natur des Menschen ist, worin sein Wesen besteht. Wir glauben aber, daß mit dem Begriff des sozialen Humanismus einigermaßen der Inhalt der sozialen Gerechtigkeit angegeben werden

9) Das gilt, auch wenn Horkheimer (a.a.O.) auf Grund einer Untersuchung von fünf größeren und mittleren Werken der Ruhrindustrie schreibt: „Aus der Tatsache, daß ihr (der Mitbestimmung) genauer Charakter sehr vielen Arbeitnehmern der untersuchten Werke nicht bekannt ist, könnte einer, wenn er wollte, gewiß den raschen Schluß ziehen, daß dieses Recht ein geringes Fundament in re habe und also mindestens nicht auszubauen, besser aber sogar einzuschränken sei oder doch auszubauen nur in der Richtung der besonderen Interessen der Betriebsarbeiter; ein anderer wird dagegen aus demselben Sachverhalt schließen, daß man das Mitbestimmungsrecht im Gegenteil weiter entwickeln müsse, um es wirksamer zu machen. Keine dieser beiden Schlußfolgerungen ergibt sich ohne weiteres aus dem Material, jede schließt eigene, von der Untersuchung unabhängige Prämissen ein, wie sehr sie andererseits mit der Zuverlässigkeit des untersuchten Befundes rechnen müssen.“

kann. Das bedeutet, daß Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit nicht zu versteinerten Formen sozialen Lebens führen darf, sondern zu solchen, die immer wieder der Wandlung bedürfen und gewandelt werden müssen.

Wie kann nun das *Ziel* der sozialen Partnerschaft *erreicht* werden? Einmal durch Beratungen zwischen Unternehmern und Gewerkschaften. Es muß möglich sein, zu einer klaren Sicht der wirtschaftlichen und sozialen Situation heute zu kommen, wenn auf beiden Seiten Menschen sitzen, die nichts anderes als die Wirklichkeit erkennen wollen. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut der Gewerkschaften und das Deutsche Industrieinstitut in Köln müßten sich doch zusammenraufen können, wenn sie nach nichts als der Wahrheit suchen und ihr Material voreinander ausbreiten würden. Auf der so *gemeinsam* erarbeiteten Grundlage der Wirklichkeitserkenntnis kann dann wieder *gemeinsam* nach Mitteln und Wegen wirtschaftlicher und sozialer Maßnahmen gesucht werden. Wenn dann „unmöglich“ gesagt wird, dann müßte das doch von beiden Seiten anerkannt werden. Eine solche Versachlichung der Auseinandersetzung würde die Atmosphäre entgiften und positive Zusammenarbeit ermöglichen.

Weiter kann das Ziel erreicht werden durch Zusammenschluß aller derer, die Partnerschaft ehrlich wollen. Sie finden sich in allen Parteien, Konfessionen, Weltanschauungen und sozialen Schichten. Wenn die vielen Begegnungen der vergangenen Jahre nun in nichts anderem enden würden als in restaurativem Bemühen, dann ist das ein Beweis dafür, daß sie entweder keinem echten Willen zur Gemeinschaft entsprungen sind, oder daß sie in der Begegnung als solcher allein schon glaubten, dem Notwendigen Genüge getan zu haben. Man sollte sich aber nicht entmutigen lassen. Es sind Möglichkeiten echter Begegnungen auch heute noch vorhanden, wo in vollem Bewußtsein der heutigen sozialen Problematik um echte Partnerschaft gerungen wird mit dem Willen, nichts zu ignorieren oder wegzudiskutieren und wo Anliegen einer echten Sozialreform nicht als marxistisches Gift diffamiert und perhorresziert werden.

Daß die Erreichung des Zieles einer echten Partnerschaft eine *pädagogische* Aufgabe in sich schließt, liegt auf der Hand. Diese ist zu sehen als Bildung mit dem zweifachen Auftrag der intellektuellen und der charakterlichen Formung. Wenn die Gewerkschaften inmitten einer restaurativen Welt nicht gewillt sind, restaurativen Tendenzen interner und externer Art zu erliegen, dann ist ihre Bildungsarbeit heute ein eindrucksvoller Beweis dafür. Sie macht deutlich, daß die Gewerkschaften heute nicht mehr nur Kampforganisationen sind, sondern Träger der Gesellschaft. Sie erziehen zur Verantwortung für die Gesamtheit und zur Vertretung des Interessenauftrages im Rahmen dieser Gesamtverantwortung. Erkenntnis der sozialen Wirklichkeit, Vorrang der Wirklichkeit vor jeder Theorie, Freiheit vom Schlagwort sind die Grundsätze dieser Bildungsarbeit. So wird ein Grundwissen vermittelt, mit dem ausgestattet der einzelne als sozial verantwortlicher Mensch die praktische Entscheidung treffen kann. Die andere Seite hat dem nichts an die Seite zu stellen. Wenn aber Sozialpartnerschaft Ordnungsprinzip des Sozialen sein soll, dann ergibt sich die Notwendigkeit entsprechender Einrichtungen auch dort. Dann dürfte es auch nicht abwegig sein, den Sozialpartner an der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit teilhaben zu lassen.

So könnte eine Elite herangebildet werden, die die Führungsfunktionen der Partnerschaft übernimmt. Elite verlangt aber nicht nur geistige Arbeit, sondern vor allem Arbeit an sich selbst, *Selbstzucht*. Eine entideologisierte Welt wie die unsere heute ist aber eine Welt der *Selbstsucht*, und es ist sehr die Frage, ob in ihr Eliten überhaupt heranreifen können. Es ist aber nicht ausgeschlossen, daß, nachdem der Übersättigung mit Ideologien die Entideologisierung gefolgt ist, diese Entideologisierung zum Hunger nach geistigen Normen wird, der nur durch neue Ideologien befriedigt werden kann.

Inmitten einer restaurativen Welt nicht dem Sog des Restaurativen zu verfallen, sondern die Tiefenschichten sozialer Wirklichkeit heute zu erkennen, um eine ihr entspre-

chende *Gestaltung* des Sozialen unbeirrt zu erstreben, das ist die Aufgabe der Gewerkschaften, wobei sie nicht auf die Weckung neuer seelischer Impulse und die Erarbeitung neuer geistiger Zielsetzungen verzichten können, um das für dieses Werk notwendige neue Gemeinschaftsgefühl zu schaffen. Wenn sie diese ihre Aufgabe begriffen und ergriffen haben, können sie zur Mitte der Kräfte werden, die nach einer neuen, glaubwürdigen Sozialordnung suchen und sich nicht damit zufrieden geben können und wollen, daß sich die sozialen Energien in „mosaikhafte kleine Lebenstätigkeiten“ (Schelsky) verzetteln und in dem für einen echten sozialen Frieden gefährlichen Sumpf einer unwahren Restauration versinken. Es ist eine große Stunde der Gewerkschaften, und wir können nur wünschen, daß sie kein kleines Geschlecht findet. Weit mehr als bei den politischen Parteien liegt heute bei den Gewerkschaften das Schwergewicht der Repräsentanz der gesamten Arbeitnehmerschaft. Die Basis einer grundsätzlich kritischen, ja ablehnenden Einstellung zu Staat und Wirtschaft ist längst verlassen. Wenn der Eindruck wiederaufkommen sollte, daß Staat und Wirtschaft einseitigen Klasseninteressen dienen, dann ist zu befürchten, daß sie wieder bezogen wird. Eine wirklich demokratische Entwicklung hat in Deutschland sehr spät eingesetzt, und das Fehlen einer wirklich demokratischen Tradition ist auch heute noch in den Unternehmen zu beobachten. Der Ersatz derselben durch eine Art von Patriarchalismus, wie er in der Abkapselung der betrieblichen Sphäre hervorgebracht wird, ist zum mindesten in den großen Betrieben ein Ding der Unmöglichkeit, weil einfach die Voraussetzungen echter menschlicher Beziehungen, die ein konstitutives Element patriarchalischer Betriebsverfassung bilden, bei dem Umfang der Belegschaft nicht gegeben sind. Nachdem die Hoffnung auf ein Paradies auf Erden, die der bewegendste Motor der deutschen Arbeiterbewegung in ihren Anfängen war, erschüttert ist, ist es nur ein Gebot der Klugheit, die sozialen Energien der Ernüchterung in die Gestaltung echter Partnerschaft einfließen zu lassen und nicht umgekehrt durch eine Ernüchterung über die Ernüchterung soziale Energien in die wilden Wasser des Utopischen zu leiten.